

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 12. Juli 2021; Bericht

Am 12. Juli 2021 fand in Brüssel eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Die Tagesordnung umfasste die Punkte Laufende Angelegenheiten, Geopolitik der neuen digitalen Technologien, Strategischer Kompass und Äthiopien.

Unter dem Tagesordnungspunkt Laufende Angelegenheiten wurden Israel, Afghanistan, Libanon, Südkaukasus, Belarus, Türkei/Varosha, Libyen, China, COVID-19, Kuba und Jemen angesprochen.

In Bezug auf Afghanistan habe ich betont, dass die Entscheidung der afghanischen Regierung, Rückübernahmen abgelehnter Asylwerber auszusetzen, nicht akzeptabel sei. Hierbei handle es sich um eine rechtliche Verpflichtung, die EU müsse darauf rasch und geeint reagieren und alle zur Verfügung stehenden Hebel einsetzen.

Gemeinsam mit anderen Mitgliedsstaaten habe ich die französische Forderung nach der Einrichtung eines Sanktionenregimes betreffend Libanon unterstützt. Die politische Pattsituation müsse endlich überwunden, eine handlungsfähige Regierung gebildet und die dringend nötigen wirtschaftlichen und sozialen Reformen angegangen werden. Die libanesische Bevölkerung habe ein Anrecht darauf, dass die politischen Grabenkämpfe beendet und ihre legitimen Forderung nach Wandel erfüllt werden. Gleichzeitig habe ich mich auch für eine solide rechtliche Ausgestaltung ausgesprochen.

Zu meiner gemeinsamen Reise mit meinen litauischen und rumänischen Amtskollegen nach Armenien, Aserbaidschan und Georgien auf Basis eines Mandats von HV/VP Josep Borrell informierte ich, dass der Besuch in der Region sehr positiv wahrgenommen worden sei und stark zur EU-Visibilität beigetragen habe. Die EU dürfe die Region nicht anderen

Akteuren überlassen, gerade in Armenien brauche es konkrete EU-Maßnahmen, um verlorene Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen. Gleichzeitig müsse die EU zu vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen Armenien und Aserbaidschan beitragen, da nach dem Berg-Karabach Konflikt Vertrauen das rarste Gut in der Region sei.

Wie zahlreiche andere Mitgliedsstaaten habe ich Litauen angesichts der Migrations-situation an der belarussisch-litauischen Grenze Solidarität bekundet und die Prüfung bilateraler Unterstützung zugesagt. Ich habe die zynische politische Instrumentalisierung irregulärer Migration durch das belarussische Regime aufs Schärfste verurteilt. Die EU dürfe sich von solchen Taktiken nicht erpressen lassen.

In der Diskussion zur Geopolitik der neuen digitalen Technologien verwies ich darauf, dass der digitale Übergang eine der größten Herausforderungen für die Verteidigung der europäischen Werte und unseres gemeinsamen Lebensmodells darstelle. Ich stimmte EU-Kommissarin Margrethe Vestager zu, dass es hierbei keine Äquidistanz zwischen den USA und China geben dürfe. Es sei zwar klar, dass die EU- und US-Positionen zu Datenschutzfragen oder Regulierung zum Teil deutlich auseinanderliegen, dennoch liege es in unserem gemeinsamen Interesse, eine Dominanz des Systemkonkurrenten China zu verhindern. In den anstehenden Verhandlungen in Wien und New York über ein neues VN-Übereinkommen zu Cyberkriminalität müsse die EU zusammen mit gleichgesinnten Partnern die treibende Kraft sein. Hinsichtlich der Problematik von letalen autonomen Waffensystemen (LAWS) verwies ich auf die Planungen Österreichs für eine ExpertInnenkonferenz im Herbst, um zur Bewusstseinsbildung beizutragen und einen diesbezüglichen Regulierungsprozess anzustoßen.

Beim Tagesordnungspunkt Strategischer Kompass betonte HV/VP Josep Borrell, dass es darum gehe, wie die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU gestärkt werden könne, um Bedrohungen und Herausforderungen zu verhindern bzw. darauf zu reagieren. Der Strategische Kompass solle auch zur Schaffung einer europäischen strategischen Kultur beitragen. Die Mitgliedsstaaten betonten die Bedeutung der Einbeziehung der AußenministerInnen in den Prozess der Ausarbeitung des Strategischen Kompasses und verwiesen auf ihre Schwerpunkte in den einzelnen Körben. Hinsichtlich des weiteren Prozesses stellte HV/VP Josep Borrell die Vorlage des Erstentwurfs des Strategischen Kompasses für den RAB im November 2021 in Aussicht. Bis März 2022 solle eine Einigung auf ein ehrgeiziges und möglichst operatives Dokument erzielt werden, das die EU für die nächsten 5-10 Jahre leiten werde.

Zu Äthiopien verwiesen HV/VP Josep Borrell, EU-Kommissarin Jutta Urpilainen und EU-Kommissar Janez Lenarčič auf die dramatische humanitäre Situation. Folgende Botschaften müssten weiterhin an alle Seiten gesendet werden: Notwendigkeit für ungehinderten humanitären Zugang zu allen Gebieten; Konsolidierung des Waffenstillstandes; vollständiger Abzug eritreischer Truppen; Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen und Aufbau eines internen politischen Dialogs für eine nachhaltige Lösung. EU-Kommissar Lenarčič informierte über die laufenden Arbeiten zur Errichtung einer humanitären Luftbrücke nach Mekelle und forderte die Mitgliedsstaaten auf, Spenden im Rahmen des „*Team Europe*“-Ansatzes bereitzustellen. HV/VP Borrell stellte schließlich angesichts der schweren Menschenrechtsverletzungen die Möglichkeit von Sanktionen in den Raum, zu welchen (zum aktuellen Zeitpunkt) jedoch kein Konsens unter den Mitgliedsstaaten bestand.

Unter Sonstiges wurde auf den Wahlsieg der pro-europäischen Kräfte bei den Parlamentswahlen in Moldau (11. Juli) und auf die Ukraine-Reform-Konferenz (Vilnius, 7./8. Juli) verwiesen.

Der Rat nahm Schlussfolgerungen zu einem global vernetzten Europa sowie zu den Prioritäten der EU bei den Vereinten Nationen während der 76. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen an.

Zusätzlich wurden [u.a.] vom Rat angenommen:

- Beschluss des Rates über eine militärische Ausbildungsmission der Europäischen Union in Mosambik (EUTM Mozambique).
- Beschluss des Rates über den Abschluss des Protokolls zum Abkommen EU-Zentralamerika anlässlich des Beitritts Kroatiens zur EU.
- Beschluss des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

6. Oktober 2021

Dr. Michael Linhart
Bundesminister